



Beteiligung Klimaschutzprogramm

GermanZero
14. Januar 2026

Michael Schäfer, Geschäftsführer | GermanZero e. V. | Franklinstraße 27, 10587 Berlin
Kontakt: klimapolitik@germanzero.de

GermanZero möchte das Beteiligungsverfahren zum Klimaschutzprogramm nutzen, um auf grundlegende Missstände in der deutschen Klimapolitik aufmerksam zu machen. Erst deren Behebung und die tatsächliche Bereitschaft der Bundesregierung, notwendige Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, erlaubt einen konstruktiven Diskurs über die Ausgestaltung dieser Maßnahmen.

1. *Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektorübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen? Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschl. Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?*

Gegenfrage GermanZero: Liegt es wirklich an fehlenden Vorschlägen, Konzepten oder Finanzmitteln, dass die Bundesregierung noch immer keine tiefgreifenden Klimaschutzmaßnahmen umsetzt?

Von [Agora Think Tanks \(2024\)](#), [GermanZero \(2022\)](#), [Wuppertal Institut \(2020\)](#) und anderen existieren umfangreiche Maßnahmensammlungen zur Einhaltung der deutschen Klimaziele. Bisherige ordnungspolitische Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Klimaziele perspektivisch einzuhalten. Auch die teilweise Zweckentfremdung der zusätzlichen Mittel des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität [\[IW\]](#) weist darauf hin, dass es weder Wissens- noch Finanzlücken sind, die Deutschland beim Klimaschutz lähmen, sondern fehlender politischer Wille. Die Unverantwortlichkeit selbst den eigenen Klimazielen gegenüber wiegt umso schwerer, als sich aus dem von Deutschland unterzeichneten Pariser Abkommen Reduktionsverpflichtungen ableiten, die über diese Ziele hinausgehen [\[SRU\]](#). So bleibt Deutschland seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad schuldig. Verschleppt die Bundesregierung CO₂-Reduktion weiterhin, schränkt sie dem Bundesverfassungsgericht zufolge zudem zukünftige Freiheitsrechte unverhältnismäßig ein [\[BVerfG\]](#).

2. *Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?*

Gegenfrage GermanZero: Wie lange wird es dauern, bis die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, die Einnahmen der CO₂-Bepreisung an Bürgerinnen und Bürger zurückgibt?

Die Bundesregierung erklärt die CO₂-Bepreisung zum zentralen Baustein für Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz [\[Koalitionsvertrag\]](#). Genau wie die Vorgängerregierung versäumt sie es bislang jedoch, einen Rückzahlungsmechanismus aufzusetzen, der dafür sorgt, die Mehrbelastung für Haushalte mit geringem Einkommen abzufedern. Neben der Option eines Klimageldes, könnten Bürgerinnen und Bürger durch die versprochene Stromsteuersenkung oder Mobilitäts-Zuschüsse entlastet werden. Letztere könnten als 200-Euro-Bahngutscheine für alle Personen bis zu einem Einkommen von 70.000 Euro ausgestaltet werden. Vorstöße wie die geplante Verwendung von CO₂-Preis-Einnahmen für den Kauf von ESR-Emissionszuweisungen berauben vulnerablen Gruppen ihrer dringend benötigten Ausgleichszahlungen [vgl. [SPIEGEL](#)]. Eine gänzlich faire Verteilung von Kosten ist bislang grundsätzlich nicht gegeben, weil die veranschlagte CO₂-Bepreisung – politisch gewollt – weit hinter den realen Folgekosten emittierter Treibhausgase zurückbleibt [\[UBA\]](#). Diese externalisierten Kosten müssen letztlich wiederum von der

globalen Gesellschaft als Ganzes und damit überproportional von vulnerablen Gruppen „bezahlt“ werden.

3. *Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Marktdurchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen? Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden? Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?*

Gegenfrage GermanZero: Wie soll der Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliches Klimaschutz-Instrument wirken, wenn er wiederholt geschwächt wird – zuletzt durch die Verschiebung des ETS 2 und die geplante Anrechnung internationaler Artikel-6-Zertifikate?

Ein adäquates Emissionshandelssystem muss marktwirtschaftliche Liberalität und verlässliche Rahmenbedingung gewährleisten. Verschiebung oder Abschwächung angekündigter Vorgaben [[DEHSt](#)], bestrafen vorausschauende Unternehmen und Verbrauchende, belohnen jene, die notwendige Investitionen verzögern und vertiefen bestehende Wettbewerbsunterschiede. Ein Emissionshandel, der nach Belieben abgeschwächt wird, ist kein marktwirtschaftliches Instrument mehr – sondern ein politisches Feigenblatt. Ähnlich ist die Berücksichtigung internationaler Klimaschutzzertifikate auf heimische Emissionsreduktionsziele zu bewerten [[EU](#)]. Fossile Subventionen, wie Diesel- und Dienstwagenprivilegien stellen derweil einen Anreiz für Mehremissionen und damit einen Eingriff in marktwirtschaftliche Klimaschutzinstrumente dar.

4. *Wie kann das Klimaschutzprogramm Impulse zur Belebung der Konjunktur geben? Worauf sollte angesichts der substantiellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?*

Gegenfrage GermanZero: Wie soll das Klimaschutzprogramm Impulse für Konjunktur und Transformation setzen, wenn die Bundesregierung das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität zweckentfremdet – für Gaspreissenkungen, Steuererleichterungen und Autobahnneubau – und die Investitionsmittel im Klima- und Transformationsfonds 2026 senkt, statt sie zu steigern?

Das Hin und Her im Verkehrs-, Wärme- und Energiesektor mag temporäre Einnahmen (für einzelne Unternehmen) bedeuten, setzt aber zukünftige Wettbewerbsfähigkeit, geostrategische Unabhängigkeit und notwendigen Klimaschutz aufs Spiel. Schon die kommunikative Verunsicherung, wie sie rund um die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes existiert [vgl. [Handelsblatt](#)], gefährdet Planungssicherheit für Verbrauchende und Betriebe. Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bietet eine Menge Potenzial zur Belebung der Konjunktur, wird allerdings für Gaspreissenkungen, Steuererleichterungen oder Autobahnneubau verwendet, statt dringende Sanierung bestehender Infrastruktur und Transformation voranzutreiben [vgl. [RND](#)].

5. *Wie kann das Klimaschutzprogramm dazu beitragen, das Zusammenwirken bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu optimieren?*

Gegenfrage GermanZero: Ist die Bundesregierung bereit, die zugrundeliegende Diskrepanz in der kommunalen Klimaschutzfinanzierung zu adressieren und eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung einzuführen?

In Kommunen kann mindestens ein Siebtel der deutschen Emission adressiert werden [[UBA](#)]. Gleichzeitig sind die Mittel für Klimaschutzmaßnahmen nur schwerlich aufzubringen, wenn Kommunen zwar 25 Prozent der öffentlichen Ausgaben stemmen, aber nur 14 Prozent der öffentlichen Steuereinnahmen erhalten [DStGB, Brandl in [Das Parlament](#)]. Bei unumgänglichen Aufgaben wie dem Klimaschutz sollte sich der Bund per Gemeinschaftsaufgabe direkt und unbürokratisch finanziell beteiligen können [vgl.

[Difu](#)]. Diese im Grundgesetz festzuschreibende Regel, gekoppelt an eine kommunale Pflichtaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung, kann notwendige Investitionen sicherstellen.